

Bodensee-Konferenz ist gegen weitere Grenzschiessungen

Die in der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) vertretenen Bundesländer, Kantone sowie das Fürstentum Liechtenstein wollen bei einer Verschlechterung der Pandemie-Situation erneute Grenzschiessungen verhindern. Stattdessen soll es lokale oder regionale Massnahmen geben.



Laufenburg.

Bild: pixel62/123RF

Am Mittwoch hat im österreichischen Lochau ein Strategiegespräch der IBK-Regierungsvertreterinnen und -Vertreter stattgefunden. Thema waren unter anderem die Auswirkungen der Grenzschiessungen.

Die IBK-Regierungschefs setzen sich dafür ein, «im Fall einer neuerlichen regionalen oder lokalen Verschlechterung der Pandemie-Situation, allgemeine Grenzschiessungen möglichst zu verhindern», heisst es in der Mitteilung vom Mittwoch.

Weiter will die IBK ein Konzept für ein grenzüberschreitendes koordiniertes Vorgehen im Pandemiefall in der Bodenseeregion ausarbeiten lassen.

Die temporäre Schliessung der Grenzen sei «ein einschneidendes Erlebnis» gewesen, wurde am Treffen festgestellt. Es sei deutlich geworden, wie selbstverständlich es sei, «jeden Tag, teilweise sogar mehrfach, die Grenzen im Bodenseeraum zu überschreiten».

An der Internationalen Bodensee-Konferenz (IBK) sind die Regierungen der Länder und Kantone Baden-Württemberg, Schaffhausen, Zürich, Thurgau, St. Gallen, Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Fürstentum Liechtenstein, Vorarlberg und Bayern beteiligt. (sda)

Publiziert am Mittwoch, 24. Juni 2020